

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Salva-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 1,- M. einschließlich Zustellungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,- M. Bersprecher: Centrum 2030, 2845, 4516 4602, 4635, 4640, 4621.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die französische Sonderaktion

### Wrangel soll helfen

II. London, 12. August.

Ueber die Pariser Nachricht, nach der die französische Regierung beschlossen habe, General Wrangel anzuerkennen, gab Lloyd George gestern abend im Unterhause folgende Erklärung ab: Das Telegramm über diese Anerkennung, die in den Abendblättern veröffentlicht wurde, kam mir selbst erst auf diesem Wege zur Kenntnis. Kein Mitglied der Regierung hatte irgendeine Information über eine dahingehende Absicht der französischen Regierung erhalten. Da die Meldung bereits in den Blättern stand, fühle ich mich verpflichtet, beim Auswärtigen Amt anzufragen, ob es offiziell etwas gehört habe. Doch hatte man keine Mitteilung empfangen. Auch eine Rückfrage, ob bis vor einer halben Stunde irgendein Telegramm eingegangen sei, hatte kein Ergebnis. Ich lehnte mich darauf mit der hiesigen französischen Botschaft in Verbindung, wo man ebensowenig etwas davon gehört hatte. Ich kann kaum glauben, daß der Bericht zutrifft. Am vergangenen Sonntag hatte ich den Vorzug, mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammenzutreffen. Wir besprachen am Sonntag den Stand der ganzen russisch-polnischen Frage ausführlich. Es lag bei der Konferenz kein Antrag vor, den General Wrangel anzuerkennen. Es wurde darüber gesprochen, was gesehen sollte, wenn die Bedingungen der Räteregierung so seien, wie ich sie gestern mitteilte. Ich teilte auch mit, was in diesem Falle geschehen würde, doch werde kein Antrag gestellt, den General Wrangel anzuerkennen. Lloyd George sagte weiter, daß die französische Regierung gegenüber dem General Wrangel eine andere Haltung als die britische eingenommen habe, und dazu vollkommen berechtigt sei. Wenn es jedoch in Russlands Absicht gelegen hätte, den General Wrangel als die de facto regierende Macht für Südrußland anzuerkennen, würde er das am letzten Sonntag in Hütche mitgeteilt haben. Ich schloße daraus, daß ein unglücklicher Fehler in dem Bericht einer sonst vollkommen zuverlässigen Presse-Agentur unterlaufen ist, und daß die französische Regierung tatsächlich noch nichts in dieser Richtung unternommen hat.

### Die Londoner Presse gegen die Anerkennung Wrangels

II. London, 12. August.

Der Bericht aus Paris, nach dem die französische Regierung die Anerkennung Wrangels beschlossen habe, hat hier große Ueberraschung, man kann sagen Sensation, hervorgerufen. Der radikale „Star“ verländet in großen Lettern, daß Frankreich die Wiederherstellung des Friedens hemmt und teilt das Lager der Alliierten auf Grund der letzten amerikanischen Note in zwei Gruppen: eine englisch-italienische und eine französisch-amerikanische.

Paris, 12. August.

Wie die Morgenblätter aus London melden, wurde gestern im Unterhause erklärt, daß die englische Flotte im Schwarzen Meer nicht den Befehl erhalten habe, mit den Streitkräften des Generals Wrangel zusammenzuarbeiten.

Paris, 12. August.

Nach einer Radiomeldung aus Bukarest soll Rumänien eingewilligt haben, daß ein Armeekorps des Generals Wrangel rumänisches Gebiet passiert, um nach Galizien zu gelangen.

Konstantinopel, 10. August. (Reuter.)

General Wrangel hat die Verbindung mit den Donkosaken hergestellt und Alexandrowst und Groschewsk nach schwerem Kampf genommen.

### Weitere Entspannung

London, 12. August.

Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt: Die Risiko sei zweifellos vorüber, der Friede zwischen Rußland und Polen und als Folge davon der allgemeine Friede und die Anerkennung von Rußland seien so gut wie sicher. „Daily Chronicle“ erklärt, daß der Ministerrat die durch Rußland gestellten Bedingungen im allgemeinen für annehmbar halte, wenn auch einige der angeführten Bedingungen nähere Aufklärung erfordern. Die Regierung glaube, daß kein Grund bestehe, den für morgen geplanten Schluß der Parlamentssession hinauszuschieben.

London, 12. August.

Einige Mitglieder des Aktionsausschusses für die am Freitag zusammengetretene Konferenz der Gewerkschaften sprachen ihre Genugtuung über die Entwirrung der russisch-polnischen Angelegenheit aus. Sie äußerten indessen die Vermutung, die Konferenz werde verlangen, daß die englische Regierung sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes die Sowjetregierung anerkenne und Handelsbeziehungen mit Rußland aufknapfe.

II. Amsterdam, 12. August.

Ein russischer drahtloser Bericht an Warschau veröffentlicht die Bedingungen, die England für die Anerkennung der Räteregierung gestellt hat. Eine dieser Bedingungen verlangt, daß Rußland sich

verpflichtet, den Privatpersonen zugefügten Schaden zu ersetzen. Die Räteregierung hat diese Bedingungen angenommen.

London, 12. August.

Reuter erfährt: Eine Abordnung des russischen Zentralrates der Gewerkschaften wird demnächst in England eintreffen.

### Polens Zusammenbruch

II. Wien, 12. August.

In hiesigen diplomatischen Kreisen meint man, daß die polnische Armee noch im Laufe dieser Woche den Kampf gegen Rußland aufgeben werden. Das polnische Oberkommando sei mit allen Mitteln bemüht gewesen, den Widerstand der polnischen Armee wenigstens solange aufrecht zu erhalten, bis eine Hilfszulage aus dem Westen und das Eingreifen ungarischer oder rumänischer Korps angekündigt sein würde. Da in der Hütche Konferenz für den Augenblick die Waffenhilfe zurückgestellt und nur zu der Aufnahme der Blockade geschritten worden ist, bleibt der geschlagenen polnischen Armee nur die bedingungslose Waffenstreckung übrig.

II. Kopenhagen, 12. August.

Aus Warschau wird gemeldet: Ueber den am Dienstag stattgehabten Ministerrat wird amtlich nichts veröffentlicht. Es verlautet, daß eine neue Note der bolschewistischen Heeresleitung den Anlaß zu diesem Ministerrat gegeben hat. Durch den Rat der nationalen Verteidigung in Warschau wurden alle Lebensmittelvorräte beschlagnahmt und auch sonstige Vorsehungen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung getroffen. Die Hungertode woher habenden Kreise aus Warschau dauert an. Für eine Fahrkarte nach Danzig wurden am Dienstag drei- bis viertausend Mark geboten. In einem aufgefangenen drahtlosen Telegramm Tschischerins an Kamenew erklärte die Sowjetregierung sich mit den englischen Vorschlägen einverstanden. Eine offizielle Mitteilung hierüber ist der polnischen Regierung jedoch nicht zugegangen.

### Was will die englische Flotte?

Kopenhagen, 12. August.

Die „Nationsblende“ aus Helsingfors meldet, hat das Eintreffen einer englischen Flotte in der Finnischen Bucht in leitenden kommunistischen Kreisen Petersburgs Beunruhigung hervorgerufen. Sinowjew hat einen Aufruf erlassen mit der Ueberschrift: Eine neue Gefahr bedroht Petersburg! Es heißt in dem Aufruf: Die Imperialisten der Entente reizen Finnland zu einem Angriff gegen Petersburg auf und gedenken den Angriff mit der englischen Flotte zu unterstützen. Wir wollen sehen, ob England es wagt, seine Drohung zu verwirklichen und ob das weiße Finnland wagen wird, uns zu überfallen, nachdem wir es einmal vernichtet haben. Wir wollen sehen, ob die englische Flotte gegen Petersburg vorgeht. Wenn sie es tut, werden die Arbeiter und Matrosen aufgefodert werden, für die Verteidigung der Stadt zu sorgen.

### Die tschechische Arbeiterschaft droht

Prag, 11. August.

Die „Bohemia“ meldet aus Teplitz: Die deutsche sozialdemokratische Partei verendet einen Aufruf, in dem es heißt: Die Arbeiter und Arbeiterinnen der tschechoslowakischen Republik ohne Unterschied der Nationalität werden niemals zugeben können, daß sich die Regierung wenden wie sie will, daß auch nur ein einziger tschechoslowakischer Soldat sein Gewehr gegen Sowjetrußland erhebt. Wir machen die Regierung jetzt schon darauf aufmerksam, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft auf der Hut ist.

II. Prag, 12. August.

Zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie schweben Verhandlungen über eine gemeinsame Stellungnahme gegenüber der polnisch-russischen Frage. Es soll ein Manifest erlassen werden, das von beiden Parteien gutgeheißen wird, in welchem die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft der Tschechoslowakei erklärt, daß sie unter keinen Umständen einen Kampf gegen Sowjetrußland dulden werde und daß sie mit allen Mitteln bestrebt sein werde, jede aktive Teilnahme der tschechoslowakischen Regierung oder irgend welcher Kreise der Tschechoslowakei zu verhindern.

### Gegen den Krieg

II. Mannheim, 12. August.

Eine Straßendemonstration für Sowjetrußland, zu der der Spartakusbund aufgerufen hatte, ging gestern nachmittags mit einer Beteiligung von vielen Tausenden, darunter einem auffallend starken Zustrom aus Ludwigshafen und Umgegend, hier vor sich. Durch den Zug, in dem auch mehrere Musikkapellen marschierten, wurde der Straßenbahnverkehr längere Zeit behindert. Von Zwischenfällen ist nichts bekannt geworden.

### Zum Regierungswechsel in Baden

In der verfloßenen Woche hat in Baden ein Regierungswechsel stattgefunden, der für die politische Entwicklung dieses Landes außerordentlich symptomatisch ist und auch außerhalb Badens Beachtung verdient.

Bisher bestand das Kabinett entsprechend dem Stärkerhältnis der Parteien im badischen Landtag aus drei Rechtssozialisten, zwei Zentrumsmännern und zwei Demokraten. Den Staatspräsidenten stellten die Rechtssozialisten in der Person des Herrn Geiß. Die Wahlen am 6. Juni haben nun, wie überall im Reich, einen außerordentlich starken Stimmenabfluß der drei Kabinettsparteien zugunsten der Oppositionsparteien ergeben. Den stärksten Gewinn trug die U. S. P. davon, die mit 103 000 Stimmen ihre Stimmenzahl gegenüber den Landtagswahlen von 1917 verdreifacht hat. Die K. P. D. vereinigte 15 000 Stimmen auf sich, während die Deutschnationalen und die Deutschliberale Volkspartei zusammen rund 100 000 Stimmen gewannen. Die stärkste Einbuße erlitten die Rechtssozialisten, deren Stimmen trotz eines fein eingespielten Presseapparats von 329 000 am 5. Januar und 367 000 am 19. Januar 1919 auf 185 000 zurückgegangen sind. Die Demokraten erreichten mit 114 000 Stimmen noch knapp die Hälfte ihrer früheren Stimmen. Aber auch das Zentrum ging nicht ungeschädigt aus den Wahlen hervor. Es büßte 50 000 Stimmen ein, blieb aber trotzdem mit 327 000 Stimmen die weitaus stärkste Partei.

Sofort nach den Reichstagswahlen zeigten sich daher Bestrebungen, durch die das Zentrum die Schwächung seiner Fraktionsfreunde ausnützen und seine eigene Position im Kabinett auf der Grundlage des Wahlergebnisses vom 6. Juni verstärken wollte. Diese Bestrebungen haben nun zum Ziele geführt. Die Lösung wurde in der Ausschreibung eines rechtssozialistischen und eines demokratischen Ministers und in der Verkleinerung des Kabinetts auf fünf Personen gefunden. Das Staatspräsidium ging dabei an das Zentrum über.

Mit dieser Umwandlung glauben die Regierungsparteien die notwendigen Konsequenzen aus dem Wahlergebnis vom 6. Juni vollaus gezogen zu haben. Daß unsere Partei mit über 100 000 Stimmen im Landtag nach wie vor unvertreten bleibt, schert sie nicht im geringsten und doch wäre die Auflösung des Landtags schon längst gebieterische Notwendigkeit gewesen, denn der heutige Landtag war ursprünglich nur als vorläufige Landesversammlung gewählt worden. Durch Volksabstimmung hat er sich dann im März 1919 wohl das Mandat bis Herbst 1921 verlängern lassen, aber nicht nur, daß sich an dieser Volksabstimmung nicht einmal ein Drittel der Wähler beteiligt hat, war das Abstimmungsergebnis von vornherein dadurch verfälscht worden, daß die Regierung offiziell nur Ja-Zettel hat verteilen lassen.

Es schon bezeichnend, daß keine der Koalitionsparteien den Antrag auf Auflösung dieses Landtags mit dem ursprünglichen Mandat nach der katastrophalen Niederlage vom 6. Juni stellte, so noch mehr die Gefassenheit, mit der die badischen Rechtssozialisten ihren bisherigen Staatspräsidenten Geiß dem Zentrum opferten. Noch im April dieses Jahres hatten rechtssozialistische Blätter seine Wiederwahl zum Staatspräsidenten als „herrliches Symbol der politischen Entwicklung Badens“ begrüßt und heute finden sie kein Wort darüber, daß dieses Symbol elendiglich verglümmt. Sollte der Uebergang des Staatspräsidiums an das Zentrum nicht ein viel bereedteres Symbol für die politische Entwicklung in Baden sein?

Der tiefere Bedeutung dieses Regierungswechsels kommt man erst dann völlig nahe, wenn man auch die Person des nun zurückgetretenen Staatspräsidenten Geiß in Betracht zieht. Weit entfernt, ein klassenbewußter Sozialist und der Bourgeoisie verhaßt zu sein, sah er von Anfang an seine Hauptaufgabe in der Vermittlung zwischen den Parteien und noch vor wenigen Tagen lud er die Vertreter aller Parteien zu einem „parlamentarischen Abend“ ein. Die bürgerlichen Blätter haben ihm nie andere als gute Worte gesprochen und eine letzte Anerkennung drückten ihm die bürgerlichen Parteien dadurch aus, daß sie ihm entgegen den Besoldungsvorschlägen durch ein besonderes Gesetz ein Ruhegehalt von jährlich 20 000 Mark schenkten.

Diese huldvolle Behandlung eines sozialdemokratischen Revolutionsministers wird nur zu verständlich, wenn man die Erklärung hört, die dieser Sozialdemokrat bei seiner Amtsniederlegung im badischen Landtag abgab, denn nicht nur, daß er sich in aller Form entschuldigte, an der Revolution in Baden überhaupt Anteil zu haben, wies Geiß sogar noch nach, daß er am 10. November 1918 nur deswegen mit der großherzoglichen Regierung verhandelte, weil er hoffte, durch deren Rücktritt und die sofortige Einberufung des Landtags die Sache — so drückte sich Geiß aus — halten zu können! Daß die badischen Rechtssozialisten dann, als sich „die Sache“ doch nicht mehr halten ließ, gerade diesen „Revolutionär“ und „Republikaner“ zum Staatspräsidenten der Republik präsentierten, ist einer jener Treppenhübe der deutschen Revolution, der sich passend an die Rolle der Ebert und Scheidemann in den Novembertagen anlehnt.

Daß also dennoch das Zentrum am 6. Juni aus diesen harmlosen und vom bürgerlichen Gesichtspunkt sicher unvert

dächtigen Minister auf den Aussterbeort setzte, ist ein bedrücktes Symbol für die Regierungsgelüste des Zentrums. Wenn es diese bisher etwas gezügelt und sie wenigstens nicht so eklatant nach außen hat in Erscheinung treten lassen, so nur aus Furcht vor der Arbeiterschaft. Als Presskopf gegen deren Anstürme erschienen ihm sozialdemokratische Minister bisher zuverlässiger. Jetzt halten die Zentrumsmitglieder aber die „Ordnung“ für soweit gefestigt, daß sie auch nach außen erscheinen können, was sie im Stillen längst waren: die Bestimmenden.

Diese Auffassung ist übrigens auch von dem Minister Dietrich klar ausgesprochen worden, denn er erklärte zum Regierungswechsel wörtlich: „Der Staat ist jetzt so weit gefestigt, daß er die Umbildung der Regierung ertragen kann.“ Ob diese Neuerung den badischen Rechtssozialisten endlich Anlaß zum Nachdenken gibt? Jedenfalls scheint es uns nicht zufällig zu sein, daß eben in diesen Wochen der Theoretiker der badischen Rechtssozialisten, Rechtsanwalt Dieß, die Forderung nach völligem Austritt aus der Regierung aufstellte und die Demokratie als Schwindel bezeichnete.

Nicht ohne Interesse ist auch, daß Mitglieder des badischen Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Einspruch gegen das ihrem Genossen Geiß bewilligte Ruhegehalt erhoben haben. Diese Huld der badischen Bourgeoisie einem sozialdemokratischen Staatsminister gegenüber scheint ihnen denn doch etwas Unbehagen bereitet zu haben. Um so sonderbarer berührt es daher, daß die rechtssozialistische Landtagsfraktion dem Ruhegehalt bei der Beratung zugestimmt und Herr Geiß selbst keine Verzichtserklärung für notwendig gehalten hat. Er scheint demnach der Pfunde keinen neben-sächlichen Wert beigemessen zu haben.

## Obstruktion in Braunschweig

Uns wird geschrieben:

Aus den wichtigsten Gründen haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Finanzauschuß des Braunschweiger Landtages abgelehnt, sich weiter an der Etatberatung zu beteiligen, nachdem von den 47 Kapiteln des Etats bereits 41 erledigt waren. Sie verlangten Vorlegung eines neuen Haushaltsvoranschlags, obwohl der Landtag aus Rücksicht auf den Zeitverlust und die Kosten eines Neubaus, seinerzeit einstimmig beschlossen hatte, den im Frühjahr aufgestellten und in einigen Punkten natürlich überholten Entwurf eines Haushaltsplans dem Finanzauschuß als Grundlage seiner Beratungen zu überweisen. Das Vorgehen der bürgerlichen Minderheit wird verständlicher, wenn man erfährt, daß ihr Führer schon bei der Kabinettsbildung nach Aufgabe der Obstruktion im Landtag seinerzeit angekündigt hatte, „man werde der sozialistischen Regierung das Leben so sauer wie möglich machen.“ Wie planmäßig diese negative Tätigkeit der bürgerlichen Vorherrscher, erblickt aus der Tatsache, daß sie gleichzeitig die ihnen bestreute Presse im Reich mit Artikeln über die angebliche Finanzmishandlung in Braunschweig überschwemmten, um nun auf diese Weise die Braunschweiger Regierung in Mißkredit zu bringen, was ihnen kürzlich mit den Schwindelmeldungen über Rote Armeen trotz aller Anstrengung nicht gelungen war. Der Staat Braunschweig habe, so wird gelogen, dank der Unfähigkeit der sozialistischen Regierung ein Defizit von 20 Millionen Mark erhalten. In Wahrheit ist dieser Fehlbetrag, ähnlich wie in den andern Gliedstaaten, eine Wirkung der Besoldungsreform, die dem Freistaat 32 Millionen Mark Mehrkosten auferlegt. Ohne sie würde der Braunschweiger Etat mit einem Ueberschuß von rund 12 Millionen Mark abschließen. Man nimmt an, daß die Regierung, „früher“ nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung recht, sich durch den neuen Obstruktion- und Sabotageversuch so wenig irritieren lassen wird, wie durch die früheren.

## Ein Justizskandal

Vor etwa drei Wochen wurde in Lantwisch Ferdinand Leutner verhaftet und in das Gerichtsgefängnis in Groß-Lichterfelde transportiert. Die Verhaftung erfolgte auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Dortmund. In Dortmund hatte nach dem Rapp-Putsch die Arbeiterschaft die Herrschaft über die Stadt ergriffen und die Lebensmittelversorgung organisiert. Da die Verhältnisse vollkommen wirt und ungeklärt waren, hatten die Genossen in Dortmund auch die Finanzverwaltung der Stadt übernommen. Leutner war von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, daß er in die Finanzkommission eingetreten sei. Tatsächlich ist diese Be-

schuldigung zu Unrecht erhoben, da Leutner, wie durch einwandfreie Zeugen nachgewiesen werden kann, niemals eine Stelle in der Finanzkommission bekleidet hat. Nachdem der Rapp-Putsch gescheitert war und die Arbeiter den Magistrat wieder in seine Rechte eingesetzt hatten, wandte sich Leutner nach Lantwisch, wo er sich ordnungsmäßig bei der Polizei als aus Dortmund zugezogen anmeldete. Eines Tages erschienen Kriminalbeamte bei ihm, ohne daß sie ihn antrafen. Sie bestellten Leutner, daß er aus das Polizeirevier kommen solle. Nichtsahnend, weil er sich bewußt war, an keiner strafbaren Handlung mitgewirkt zu haben, ging Leutner hin und wurde hier verhaftet. Leutner fällt, selbst wenn er irgendwie in Dortmund zur Zeit der Arbeiterherrschaft eine Stelle eingenommen hätte, zweifellos unter die Amnestie, da nach der Amnestie jegliche Hochverratsdelikte gegen das Reich strafflos sind. Trotz der Bemühungen seines Verteidigers konnte bisher eine Freilassung nicht erreicht werden.

Was sagt der Justizminister zu diesem offenbarsten Justizskandal? Untersuchungsgefängnisse, die unter die Amnestie fallen, und die nach der Amnestie nicht sofort freigelassen werden, werden widerrechtlich ihrer Freiheit beraubt. Wir erwarten, daß der Justizminister sofort die Freilassung verfügt und die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zieht. Wir werden auf die Sache noch zurückkommen.

## Ein wertvoller Kronzeuge

Aus Dresden wird uns geschrieben: Kürzlich teilte unsere Dresdener Parteizeitung mit, daß der aus dem Neuringerprozeß unrichtig bekannte Misch von der Dresdener Staatsanwaltschaft mit 5000 M. belohnt worden ist. Es waren 10 000 M. ausgezahlt für diejenigen, die zur Ermittlung der Mörder Neuringers beigetragen hatten. Misch, der sich als Propagator in der schlimmsten Weise gebärdete und zu gleicher Zeit Material im Interesse der Regierung sammelte, wurde im Neuringerprozeß demotiviert, daß er nicht verurteilt werden konnte und ihn die Staatsanwaltschaft fallen lassen mußte. Man sollte meinen, daß in den Kreisen der Behörden noch so viel Sauberkeit vorhanden wäre, diesen Menschen für seine verwerfliche Tätigkeit nicht auch extra noch zu belohnen. Aber wir kennen ja die Tätigkeit unserer rechtssozialistischen Regierung.

Unter Dresdener Mitarbeiter ist nunmehr in der Lage, einige recht kraße Einzelheiten über diese „Regierungsstöße“ zu veröffentlichen. Der Staatsanwaltschaft sind, bevor sie dem Misch, der übrigens schon einmal wegen Geisteskrankheit in einer Anstalt untergebracht war und gegenwärtig noch unter Vormundschaft steht, die Belohnung von 5000 M. zuerkannt. Protokolle zu gestellt worden, aus denen sie erhellen konnte, daß ihre Verbindung sich auf einen ganz gemeinjährigen Menschen bezieht. In diesen Protokollen wurde von vier namentlich aufgeführten Zeugen festgestellt, daß Misch am 29. April 1919 in einem Dresdener Restaurant aufweisende Reden gehalten und Drohungen gegen die Minister ausgesprochen hat. Wenn er nicht bald seinen Posten wieder verläßt, so würde er eines Tages die Minister Schwarz und Rißke niederstrecken. Am Tage nach dem Mord hat er vor dem Blochhaus wilde, gegen die Regierung gerichtete Reden gehalten und die Leute aufgefordert, das Ministerium zu plündern und den Bauhauptmann Sorger und andere Herren herauszuholen, um sie auch in die Elbe zu stürzen, da sie es verdient hätten.

Ferner bekunden die beiden ehemaligen Regierungsbeauftragten Busch und Hansch, Misch hätte wohl teilweise für sie gute Dienste geleistet, indem er Ermittlungen und Recherchen anstellte, doch sei ihm absolut nicht zu trauen. Man könne annehmen, daß er im Fall neuer Unruhen zu anderen Parteien überzuwandeln würde und deshalb sei für alle Fälle seine sofortige Verhaftung erforderlich. Ein anderer Zeuge befand, daß Misch am Tage des Mordes mit vor dem Blochhaus gewesen ist und dort die Schießerei geleitet hat.

Auffallend ist, daß Misch sich verschiedentlich geäußert hat, daß die Staatsanwaltschaft ihm persönlich ihren Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen habe. Nun, er hat ja dann auch den Löwenanteil der Belohnung erhalten, trotzdem alle diese Mitteilungen der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht worden waren.

Es tut sich uns hier ein Sumpf auf, der so recht charakteristisch ist für die Arbeitsweise von Regierung und Staatsanwaltschaft des unter „sozialdemokratischem“ Regime stehenden Freistaates Sachsen.

Zudenorff in Bayern. Wie unser Augsburger Parteiorgan „Der Volkswille“ aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, hat General Zudenorff in dem Fürst Jüngerischen Schloß Wellenburg bei Augsburg Wohnung genommen.

## Irreführende Pressemache

Die verschiedenen gelben Gewerkschaftsbünde, deren zweideutige Haltung zur Frage des aktiven Schutzes der Neutralität durch die Arbeiter und Angestellten mit mehrfach kennzeichnenden Irritieren die Öffentlichkeit fortlaufend durch weitere Kundgebungen. Sie finden absichtlich die Gelegenheit günstig, um aus ihrer Bedeutungslosigkeit herauszutreten und von sich reden zu machen. Jetzt verbreiten sie durch W. T. B. eine lange Mahnung zur „Besonnenheit“, deren Tendenz den früheren Kundgebungen der Gelben entspricht. Der Zweck ist offensichtlich die Ab-schwächung der Aktion der Arbeiterklasse, die von dem gemeinsamen Aufruf der Parteien und freien Gewerkschaften ihren Anstoß erhielt.

Die Kundgebungen der Gelben werden natürlich von der Mehrzahl der bürgerlichen Blätter abgedruckt und mit wohlwollenden Bemerkungen versehen. Das Wohlwollen wird um so inniger, je tiefer die Blätter im Lager der bürgerlichen Reaktion stehen. Die Veröffentlichung aber erfolgt zum Teil in einer Aufmachung, die den Eindruck erweckt, als handle es sich um Kundgebungen aller Gewerkschaften. So überschreibt die „Bosnische Zeitung“ den neuesten Witz der Gelben mit: „Eine Mahnung der Gewerkschaften“. Dadurch muß — oder soll — die Bevölkerung irritiert werden. Darum müssen wir gegen diese Methode protestieren, so weit sie in böswilliger Absicht angewandt wird. Wenn die bürgerlichen Zeitungsschreiber indes zwischen den bedeutungslosen gelben Verbänden und „den Gewerkschaften“ nicht zu unterscheiden vermögen, so sollen sie die Finger davon lassen und ihren Raum sparen.

## Amnestie für Rappisten

Die Regierung hat beschlossen, obwohl ihr das Amnestiegesetz keinerlei Handhabe dazu gibt, alle schwebenden Disziplinarverfahren auf Grund des Rapp-Putsches beschleunigt zu Ende führen zu lassen, neue Verfahren nicht mehr einzuleiten und die bestehenden Untersuchungsausschüsse sofort zu suspendieren.

Das bedeutet abermals eine Stellungnahme für die verkappten Rappisten, die deutlich zeigt, daß sie keinerlei Strafen für ihre Verbrechen zu erwarten haben. Diese Tatsache war bisher zwar schon durch die Justizpraxis bewiesen, wird aber durch den neuen Beschluß des Kabinetts ausdrücklich sanktioniert. Was aber noch schlimmer ist: jede Möglichkeit der Prüfung des Verhaltens von Beamten und Offizieren während der Rappage ist jetzt abgeschnitten. Alle die zweifelhaften Elemente, die damals mehr oder weniger verdeckt sich schwarz-weiß-rot gebärdeten, bleiben jetzt unangefochten auf ihren zum Teil wichtigen Posten, Verwaltung und Reichswehr können weiter gegen die Republik und ihre Einrichtungen intrigieren. Hat doch das Kabinett ihnen jetzt gesagt, daß es ihnen wohlgestimmt sei!

Der Beschluß der Reichsregierung bedeutet eine offene Bräutereiung des Reichstags. Denn in den Verhandlungen über die Amnestie war ausdrücklich festgestellt worden, daß sie sich nicht auf die disziplinarischen Untersuchungen beziehe. Deshalb werden unsere Genossen im Reichstag nicht verfehlen, den merkwürdigen Beschluß der Regierung der notwendigen Beleuchtung und Kritik zu unterziehen.

## Demonstrationen in Memel

Unpöblich lauten Meldungen von einem Generalkrieg in Memel auf. Die Meldungen klingen so dumm und dreist gelogen, daß wir sie deshalb nicht veröffentlicht haben. Es heißt da, es handle sich um eine „kommunistische Aktion der Betriebsräte“, bei der die Arbeiter „aus den Betrieben herausgeholt“ werden und die Gewerkschaften ausgeliefert seien. Die bürgerliche Presse bringt die Meldung natürlich in fettester Aufmachung. Die Reichs-presse nimmt sie zum Anlaß, um eine neue Spartaufhebung daran zu knüpfen. Und das in dem Augenblick, wo die Vorkämpfer in Magdeburg aller Welt zeigen, was solche Sache wert ist. Ersthabter dagegen klingt eine andere Meldung aus Memel, nach der am Mittwochabend Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei stattgefunden haben. Nach einer von der R. P. D. einberufenen Versammlung wollte sich ein Zug nach der Wohnung des Gouverneurs begeben, um gegen die Ausweisung einiger Arbeiterführer zu demonstrieren. Die Polizei versuchte die Demonstration zu verhindern, wobei es zu Schlägereien kam. Auch die „aus der Menge“ gefallenen Schüsse spielen in der Meldung eine Rolle, ohne daß zu erkennen wäre, wo die Schuld an dem Zusammenstoß, bei dem mehrere Polizisten und Demonstranten verletzt sein sollen, zu suchen ist.

Das ganze ist, wie gesagt, höchst vieldeutig und unklar, so daß weitere Meldungen abgewartet werden müssen.

## Zeitbilder

Nicht mehr um Amerongen — um Haus Doorn in Holland freist steht des deutschen Spielers dümmste Sehnsucht. Dort lebt jetzt Wilhelm, der Ausreißer, einen guten Tag, als Schlossherr mit einem Hofmarschallamt, Adjutanten und Gefolge, und genießt hinter Tagelunden das Leben in seiner goldenen Fülle. Ihm ist das Blutbad, das er mit seiner Generalität angerichtet hat, besser bekommen als „seinem“ Volke, das ihm durch seine rechtssozialistisch orientierte Regierung heute noch Millionen über Millionen zuwendet und sich nicht einmal an seine sogenannten Familiensöhne und Großgrundbesitzerherren heranwagt, es sei denn mit Kien-sennummen und allerhöchsten Preisen. Wir haben es ja dazu Ueber-den Wunder und die Fegen des verarmten Volkes wird die Rodenschau gespreitet. Der Granewald gleich einem Wald von Affen, als alle Schmonds konstatierten, daß es bei einem Kennen noch niemals eleganter und luxuriöser zugegangen sei. Und regierungs-offiziöses wird im Berliner Kunstgewerbemuseum gepredigt, wie „wir“ uns „schick“ und „richtig“ kleiden sollen. Wo doch die breiten Massen kaum noch das Kostgüte haben, um ihre Blöße zu bedenken. Nicht lieber Hemden, Strümpfe, Stiefel für das Volk, dem sie in Fegen herunterfallen, als daß ihr Kleidung aus Affenfell für die Damen und — es ist erreicht! — Tzagalkos aus Homespun für die Herren Schneider und Lehning den Glunder bedroht, der mit braunen Schuhen gegen den betrippten schwarzen Anzug frevelt.

Für die Rodenwoche der oberen Fünftausend werden unter industriellen Propagandaheld Millionen verausgabt. Aber für höhere geistige und künstlerische Zwecke ist ebenso wenig Geld da, wie für die himmelstreichende Not der Armen. Max Reinhardt, noch immer die höchste Potenz im Berliner Theaterleben, will Deutschland den Rücken kehren und sich auf sein Salzburger Besitztum (in dessen Nähe er das Spiel von „Jedermann“ zur Auf-führung im Freien vor dem Dom bringen wird) zurückziehen, ans Wiener Burgtheater oder auch nach Amerika gehen, weil neben anderen Verärgerungen die Lustbarkeitssteuer das Berliner Theatergeschäft auch ihm unerträglich scheint. Aus dem auch uns vorgelegten amtlich beglaubigten Zahlenmaterial ergibt sich, daß in der Zeit vom 1. März 1920 bis Ende Juli bei dem Betriebe des Deutschen Theaters, der Kammerpiele und des Großen Schauspielhauses sich ein Verlust von 189 367 Mark ergeben hat. Dieses ungünstige Resultat wird von der geschäftsführenden Direktion in der Hauptsache auf die Villsenauer zurückgeführt. Es scheint, daß sich aber eine Verständigung zwischen der Stadtverwaltung, dem Kammerer und den Berliner Theaterdirektoren anbahnen läßt durch Entschärfungen, die auch Max Reinhardt vorteilhaft zum Weichen veranlassen werden.

Immer noch besser als den wenigen ersten Bühnen scheint es den Kabarets, den Velen usw. zu gehen. Besonders floriert noch immer der sogenannte Schönheitstanz der dreiviertel

Entscheideten. Auch das ist eine Modesache. Die erotischen Reize sind hierbei sehr gering oder direkt negativ. Stillcher Schaden wird dabei gewiß nicht angerichtet. Aber die Keuschheit kommt dabei meist eben so kurz weg wie die Unbehörschen der Tänzerinnen. Was Olga Desmond und dann das Ballett Celly de Rheydis begonnen, wird nun überall fortgesetzt. Eine Schwester Celly de Rheydis tanzt mit dem Überpich sehr ausdruckslos Türken Kiki Kiki Beg in den Kammertanzsälen in der Wilowstraße. Was jedoch die übrigen Damen an „Tanz“ und „lebender Plastik“ bieten, schreit nach Tanzstunde und Panoptikum. Aber das Geschäft blüht trotz der geplatzten Preise, die für solche im Grunde durchaus fallblütigen Veranstaltungen genommen werden. Es ist eine geeignete Zeit.

## Andrang zur Volksbühne

Eine zugleich erfreuliche und zugleich bedauerliche Mitteilung kommt vom Generalsekretariat der Volksbühne E. B. (Vereinigte Freie und Neue freie Volksbühne). Die Annahme neuer Mitgliederanmeldungen mußte, eben erst eröffnet, bereits nach anderthalb Tagen wieder eingestellt werden. Wohl war es dem Verein gelungen, durch Beschränkung der den Mitgliedern zustehenden Vorstellungen in zahlreichen Abteilungen von 11 auf 10 sowie durch unmaßstäbliche Hinzupachtung von Vorstellungen in fremden Theatern die Möglichkeit zu schaffen, fast 20 000 Mitglieder mehr aufzunehmen als bisher, wozu dann noch die Ausfüllung von Lücken in der bisherigen Mitgliedschaft von 110 000 Personen kam. Aber der Andrang von Aufnahmebewerbern war so groß — die Kunsttungrigen fanden zum Teil bereits mehrere Stunden vor Öffnung der Geschäftsstelle an und zeitweilig bildeten sich geräuschvoll Menschenmassen hinter dem Theater am Wilowplatz, wozu noch die von den Ordnern des Vereins aus den Betrieben eingereichten Listen kamen —, daß im Handumdrehen alle Möglichkeiten zur Unterbringung neuer Mitglieder erschöpft waren. Tausende und Abertausende müssen nun wieder darauf verzichten, im kommenden Spieljahr der Vorteile der Volksbühnenorganisation teilhaftig zu werden, d. h. als Mitglieder einer sich selbst verwaltenden großen Kunstgemeinde die Möglichkeit zu einem regelmäßigen Besuch guter Theateraufführungen zu billigen Einheitspreisen (4 M. bzw. 2,50 Mark) zu erhalten; sie müssen auf später vertrösten werden.

Der Verein Volksbühne macht alle Anstrengungen, um im nächsten Jahr seinen Mitgliederkreis ganz erheblich zu erweitern zu können. Zu diesem Zweck hat er beabsichtigt die ehemalige Krolloper für 25 Jahre gepachtet und bereiteten ihren Umbau zu einer zweiten großen Volksbühne vor, in der die künstlerischen Kräfte der beiden Staatstheater unter Zehner und Schilling abwechselnd Schauspiel- und Opernaufführungen zu veranstalten verpflichtet wurden. Leider verzögert sich die Durchführung des Umbaus noch durch das Ausbleiben der Magistratsentscheidung über die nachgeschickte Gewährung eines größeren Dar-

lehens der Stadt Berlin als Beihilfe zu den sehr stark gestiegenen Umbaukosten. Von den Mitgliedern des Vereins sind allein in den beiden letzten Monaten erheblich mehr als 2 Millionen Mark für den Umbau aufgebracht und auf Teilschuldschreibungen des Vereins Volksbühne eingezahlt worden (solche Teilschuldschreibungen über 20, 50, 100, 200, 500 und 1000 Mark, mit 5 Prozent zinslos und binnen 25 Jahren rückzahlbar, sind auch weiterhin erhältlich in der Geschäftsstelle des Vereins, Lindenstraße 227). Das zusammen mit dem gewaltigen Andrang zur Mitgliedschaft müßte den städtischen Körperschaften Beweis genug sein, welche bringendes Verlangen in den breitesten Schichten der Berliner Bevölkerung nach einer Erweiterung der Volksbühnenorganisation besteht, und sollte sie veranlassen, das Gesuch des Vereins um die Gewährung des benötigten Darlehens nicht nur mit größter Beschleunigung, sondern auch im günstigen Sinne zu erledigen.

## Die Kunstkritik

Kleines Theater. Sommerdirektion. Auf dem Zettel stand: Zum erstmal: „Die Kunstkritik“, ein Lustspiel in drei Aufzügen von Kurt Pöyhld. Was darin ganz abseits vom irreführenden Titel, ohne Satire und durchaus konventionell zum hunderttausendsten Male vorgeht, haben mit Hofmann, Serenissimus und Kommerzienrat Leichterlein ältere Schwankstrimmen viel solidere und flottere gebaut. Hier aber schien ein nachgeborener Hans Kainns am Werke. Der Sommerdirektor, der so etwas auf-führt, muß auf die Langmut, die Dummheit und Unzurechnungsfähigkeit des geliebten Publikums spekulieren. Anders kann man sich so etwas nicht erklären. Und richtig: Die Trotteln klafften. Mit Kunst und Kritik hat ja diese Nebenbaste, für Badische beschnehte Abendunterhaltung nichts zu tun. Von den Erwachsenen sollte die Lustbarkeitssteuer nur der zahlen, der nicht hin-geht. Die anderen sind gestraft genug. Nicht nur durch das Stück, sondern auch durch die Darstellung. Sommerlich. Hochsommerlich. Auf den Äquator zu klütern.

## Seine Ferien

Er, Herbert Brede, Lehrling in einer der A. E. G.-Fabriken, sehnste sich hinaus. Mit aller Kraft seines 17-jährigen Herzens sehnste er sich irgendwohin, wo nicht die Luft mit Des- und Eisen-teilchen die Lungen verklebte, wo nicht das Geratter der Maschinen das Gehör betäubte, wo nicht des Lehrlings Menschen-würde sich jedem verärgerten Gesellen und jedem verflohenen Meister Kladenartig beugen mußte. Und endlich kam die Freudenbotschaft: Urlaub! Eine ganze Woche war ihm gewährt worden. Was war Freude gegen das, was er fühlte. Er, der sich jahrelang nach Licht und Sonne sehnste, durfte hinaus. . . . Eine Woche, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, Tage. . . . 168 Stunden. . . .

# Der Spigelsumpf

## Pinkerton im Bunde mit der Reichswehr

Die Entlarvung der Magdeburger Spigelzentrale hat die breite Öffentlichkeit endlich einmal auf jene dunklen Kreise aufmerksam gemacht, die seit Jahr und Tag unser politisches Leben vergiften. Vergebens haben wir bisher gegen jene Kreise einen zähen Kampf geführt. Die gesamte Presse war mit wenigen Ausnahmen mit dem Treiben der Spigelzentrale zufrieden. Sie öffnete ihre Spalten bereitwillig den Lügennachrichten, die zur Verdächtigung der radikalen Arbeiterbewegung in die Welt gesetzt wurden. Erst der Kapp-Putsch, der die Gefährlichkeit der militärischen und privaten Geheimkonventikel der Rechtsparteien zeigte, hat einen kleinen Wandel herbeigeführt. Es ist aber zwecklos, wenn jetzt auch die rechtssozialistischen Blätter Alarm schlagen und die heutige Regierung für alles verantwortlich machen. Das Nachrichtenwesen wurde in erster Linie von Koste und Heine ins Leben gerufen. Beide Minister bauten ihre Parlamentsreden auf das Material auf, das ihnen von bezahlten Halunken geliefert wurde. Wo Kanonen, Minenwerfer und Maschinengewehre zur Niederhaltung der revolutionären Arbeiter versagten, da griff Koste zu den Schußwaffen, deren Unterlagen jene dunklen Elemente lieferten, die heute von den rechtssozialistischen Blättern als Verbrecher bezeichnet werden.

Wir wollen fernerhin festhalten, daß von den Blättern der Regierung das Befehlen von Nachrichtenorganisationen bisher immer abgestritten wurde. Der „Vorwärts“ leugnete beharrlich das Weiterbestehen einer politischen Polizei, er hatte auch für das Treiben der antiliberalen wirtlichen Spigel und der Kundschafter der Reichswehrformationen nur mildeste Rücksicht übrig. Jetzt hat sich auf einmal das Blatt gewendet. Die linksstehende Presse fordert die Ausräucherung der Spigelzentrale. Aber es wird eine mühevollste Arbeit sein, den Augiasstall zu reinigen. Das Spigelsystem hat sich so fest in unser öffentliches Leben eingetrieben, daß nur eine Gewaltkur uns von dieser Plage befreien kann.

In Magdeburg haben die Feststellungen des Oberpräsidenten Hörsing ergeben, daß die Pinkertonspiegel mit den militärischen Behörden Hand in Hand arbeiten. Es wurde auch nachgewiesen, daß die Reichswehrformationen nach wie vor politische Nachrichtenstellen unterhalten, obwohl nach dem Kapp-Putsch vom Reichswehrminister verbieten worden waren. Bis zum Kapp-Putsch hatte jede, auch die kleinste Reichswehrformation, eine selbständige Nachrichtenstelle. Wir stellen fest, daß sich an diesem Zustand noch nichts geändert hat. Die militärischen Nachrichtenstellen haben und hatten bisher keine andere Aufgabe, als für die Reichswehr das Zeugnis der Daseinsberechtigung beizubringen. Sie lekten die Gespöstergeschichten über bevorstehende kommunistische oder unabhängige Putsche in die Welt. Sie verbreiteten die Nachrichten über die Organisation einer „roten“ Armee, sie provozierten durch bezahlte Subjekte Putsche und Aufstände, um der Reichswehr Gelegenheit zum Einschreiten zu geben und zu verhindern, daß sie in ihrer Stärke herabgesetzt werden. Alle Verbrecher, die im Verlauf des ersten Revolutionsjahres an der Arbeiterschaft verübt worden sind, müssen auf das Konto der Nachrichtenstellen gebucht werden. Das Treiben der militärischen Geheimkonventikel begann mit der Heze gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von ihnen wurde der Berliner Märzaufruf provoziert mit dem Zweck, die letzten revolutionären Truppenteile aus Berlin zu vertreiben. Der Standrechtsbefehl Koste's, der zur Ermordung vieler hundert unschuldiger Arbeiter führte, stützte sich auf die Inspirationen der militärischen und zivilen Spigel, die die Lüge über den Lichtenberger Beamtenmord in irgendeinem Kaffeehaus erfanden, um jenem blutigen Gewaltsystem, das noch in aller Erinnerung haftet, den Schein einer Rechtsunterlage zu geben.

Neben den militärischen Nachrichtenstellen ist es heute die aus der früheren antiliberalistischen Vereinerung hervorgegangene Deutsche Wirtschaftshilfe, die, von

Großkapitalisten ausgehakt, die Schädigung und Wehrlosmachung der Arbeiterschaft durch verlogene Nachrichten bezweckt. In ihrer Spitze stehen frühere Nachrichtenoffiziere des Großen Hauptquartiers. Sie haben sich in ihr von Rudendorff gelerntes Handwerk so gründlich verlernt, daß sie es zu Ruh und Frommen der deutschen Reaktion auch nach der Beendigung des Krieges nicht ablegen können. Zwischen dieser zivilen Spigelorganisation, die ihr Netz über ganz Deutschland gezogen hat, und den militärischen Nachrichtenstellen besteht die engste Seelenverwandtschaft. Die Reichswehrkundschafter erfinden Lügen für die Deutsche Wirtschaftshilfe, die Spigel der Wirtschaftshilfe erdichten Nachrichten für die Reichswehr. Das Geld fließt aus behördlichen und privaten Kassen. Auch die Reichswehrkundschafter verschmähen nicht die Gelder der Großkapitalisten. Hauptmann Monziewitz verwaltete, als er noch nicht im Reichswehrministerium saß, sondern Oberspigel bei Wittich war, einen Fonds, der in die Millionen ging und nur für die Fabrikation von Lügen Verwendung finden durfte.

Die Pinkertonspiegel der Wirtschaftshilfe erfreuen sich aber nicht nur der Gunst der Reichswehr, auch der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Herr Weiskmann, hat sie warm in sein Herz geschlossen. Wir haben ihn wiederholt auf das Treiben der Hauptstelle, Oranienburger Straße 67, aufmerksam gemacht. Wir haben nachgewiesen, daß dort eine Verbrechergesellschaft ihr Unwesen treibt. Wir haben ein Einschreiten dagegen verlangt, aber Herr Weiskmann schwieg, scheinbar deshalb, weil ihm das von dieser Stelle gelieferte erlogene Material so wertvoll erschien, daß er auf ihre Dienste nicht verzichten wollte. Die von dem Oberpräsidenten Hörsing in Magdeburg eingeleitete Untersuchung, die zur Säuberung unseres öffentlichen Lebens unbedingt erforderlich ist, wird von Herrn Weiskmann sabotiert. Herr Hörsing hat sich an den Staatskommissar gewandt und ihn gebeten, eine Hausdurchsuchung bei der Wirtschaftshilfe abzuhalten. Weiskmann hat dieses Ersuchen abgelehnt. Die „Börsliche Zeitung“ kann darüber aus Magdeburg folgende Tatsachen berichten:

Vestenden mußte erregen, daß nicht gleichzeitig mit den Maßnahmen in Magdeburg auch die Bureau des Berliner Zentralen des Herrn E. Becker, Am Karlsbad 10, und der Deutschen Wirtschaftshilfe (Hauptbureau) in Berlin, Oranienburger Straße, durchsucht und ihre Papiere beschlagnahmt worden sind. Man ist davon überzeugt, daß in diesem Falle eine weit über ganz Deutschland verbreitete Organisation aufgedeckt worden wäre. Von Magdeburg aus ist der preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung darum ersucht worden, solche Maßnahmen zu treffen. Er hat sie abgelehnt. Aus welchem Grunde, weiß man nicht. Sollte man jetzt das Verbum nachhaken wollen, so dürfte es zu spät sein. Vestenden ist auch folgende Tatsache: Die Magdeburger Behörden hatten sich, um die Aktion zu einem vollen Erfolge zu führen, nach Berlin mit der Bitte gewandt, ihnen einen wichtigen Kriminalkommissar zur Verfügung zu stellen. Auch diese Bitte ist abgelehnt worden.

Das Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung war bis zum 13. März eine Zentralstelle der monarchistischen Gegenrevolution. Herr Weiskmann pflanzt diese Tradition würdig fort. Er fühlt sich der Schwerindustrie scheinbar ebenso verpflichtet wie die Herren Strauß und Berger seligen Andenkens. Das Parlament wird darüber ein sehr ernstes Wort reden müssen. Staatsanwalt Weiskmann hat sich bisher als völlig unfähig erwiesen, sein Amt im Dienste der Republik zu verwalten. Sein Verhalten zum Magdeburger Spigelstand setzt allem die Krone auf. Er handelt aber sicher im Einvernehmen mit der Regierung. Diese kann auf das politische Verbrechen ebenso wenig verzichten, wie ihre Vorgängerin unter Heine, Koste und Müller. Will sie diesen Vorwurf nicht auf sich beruhen lassen, dann wird sie durch Handlungen zu beweisen haben, daß das Spigelsystem mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird.

## Betrogene Betrüger

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Magdeburg, 12. August.

Die demokratische „Magdeburger Zeitung“ ist ob der Entlarvung ihrer Spigel in Wut geraten. Sie wirft dem Oberpräsidenten vor, daß er verschweigt, was es seinerseits über die tatsächliche Existenz einer Roten Armee weiß, denn, — so heißt es wörtlich — mag ein Buche wie A. Mann über diese Rote Armee auch Schwindelberichte ausgehakt und verbreitet haben — im Oberpräsidium weiß man doch genau Bescheid über eine Hausung, die vor einiger Zeit bei einem hiesigen Mitgliede der R. A. P. D. — der Name ist uns bekannt — stattgefunden und reichliches, wie beweissträchtiges Material über die Existenz der Roten Armee erbracht hat. Will man etwa diese Wissenschaft bestreiten? — Man sieht, die Rage läßt das Maulen nicht. Kaum ist ein Schwindel entlarvt, dann wird schon wieder ein neuer zum Vorschein gebracht. Wir lassen der „Magdeburger Zeitung“ mit Vergnügen die Genugtuung, sie wird ja sowieso nicht mehr ernst genommen. Sollten aber noch andere Stellen die Phantastie von der Roten Armee mehren, so hoffen wir, daß auch diese ihre Träume unter das trachende Gebälk mit vergraben müssen.

Ein weiterer Spigelgehilfe, der bisher noch nicht mitbenannt ist, ist in der Person des ehemaligen Oberrealschülers Werner Anhelm entlarvt. Er ist der Sohn eines Handelsmannes, der in Magdeburg, Große Junterstraße 14, wohnt. Der Sohn Anhelms gab sich verschiedenen jungen Leuten gegenüber als ein Agent Karl Radek's aus. Er will auch die Kämpfe der Roten Armee in Thüringen zur Zeit des Kapp-Putsches mitgemacht haben, hat aber in Wirklichkeit Magdeburg zur damaligen Zeit nicht verlassen. Solchen Leuten heißt es jetzt auf die Finger sehen.

In dem Bericht der heutigen Morgenausgabe aus Magdeburg sind durch einen Hörfehler zwei Namen falsch wiedergegeben worden. Die beiden Hauptspigel heißen nicht Ziesewitz und Eismann, sondern Zieseni und Altmann. Von den Rechtssozialisten standen außer dem Parteifunktionär (nicht Sekretär) Rehter aus Neuhaldensleben, auch der Funktionär Kabeleij aus Burg im Dienste der Wirtschaftshilfe. Sie bezogen laufende Provisionen und feste Gehälter.

Wiederannahme des deutsch-belgischen Schiffsahrtsverkehrs. Nach Mittelungen aus holländischen Kreisen haben verschiedene Rheinisch-Niederrhein-Gesellschaften durch Vermittlung der Brüsseler deutschen diplomatischen Vertretung an die belgische Regierung das Ersuchen gerichtet, die vor dem Kriege vorhandenen Schiffsahrtsbeziehungen zwischen Antwerpen und dem Reich wieder aufzunehmen. Die belgische Regierung ist geneigt, dem Antrag stattzugeben, um der Rotterdammer Konkurrenz zu begegnen. Die Schiffe sollen deutsch bemantelt werden und unter deutscher Flagge fahren.

Die Kosten der englischen Besatzung in Deutschland. Churchill erklärte im Unterhaus auf eine Anfrage, das englische Besatzungsheer in Deutschland zähle 13 360 Mann und koste etwa 300 000 Pfund Sterling monatlich.

# Kampfanfänge der französischen Sozialisten

In einem Artikel im „Populaire“ kündigt Genosse Daniel Renault der französischen Regierung den erbitterten Widerstand der Arbeiterklasse an, wenn sie aktiv in den Krieg zwischen Polen und Sowjetrußland eingreifen will. Er sagt u. a.:

In einem Krieg, den die französische Regierung gegen das russische Volk führen würde, wären wir Sozialisten, wir kämpfenden französischen Arbeiter, mit ganzem Herzen und mit allen Mitteln für das russische Volk, für die Sowjetrepublik und gegen die französische Regierung.

Ein französischer Deputierter, der zu den gemäßigten zählt, Paul Boncour, hat gesagt: „Für einen Krieg gegen Rußland keinen Mann und keinen Groschen!“ Das ist gut, aber noch nicht genug. Das arbeitende Frankreich würde sich nicht auf eine passive Weigerung beschränken; es würde alles tun, in jeder Weise, um den Angriff gegen ein Volk, das sich seit 1917 verteidigt, indem es den Frieden für die ganze Welt verlangt, zu verhindern.

Vor einigen Tagen konstatierte der nationalistiche Abg. Leon Daubet, daß bei einem Krieg gegen die Sowjets sich alle Sozialisten im Einvernehmen mit dem Feinde befinden würden. Und er konjugierte mit Energie das Verbum „einperren“. Er hat recht, aber es ist zu fürchten, daß Millerand, wie Napoleon in Waterloo, gezwungen wäre, zu sagen: „Es sind zu viele!“ Es würde sich dann allerdings nicht um einige „Rädeleführer“ handeln. Wenn das Verbrechen geschieht, lagern wir unsern Regierenden zur schmerzlichen Widerstand voraus, nicht allein in den Städten, sondern auch in den Bauernmassen, auf die die Ordnungspartei gezählt hat. Man wird keinen wahren Franzosen finden, Arbeiter oder Bauer, der gegen das russische Volk ins Feld zieht, das von dem von der Entente bezahlten Polen überfallen ist. Die Mobilisation würde sich von selbst sabotieren! Immerhin sind die Kolonnen des Nationalblodes, die Millerand drängen — ein Mann ohne Gewissen und Anständigkeit — zu allem fähig, zu jeder Rarheit und zu jedem Attentat.

Wachen wir also und bereiten wir uns vor, der verbrecherischen Regierung zu antworten.“

## Der polnische Kampfbericht

II. Warschau, 12. August.

An der Nordfront wiesen unsere Abteilungen starke Angriffe des Feindes, der um jeden Preis Pulstak nehmen will, ab. Besonders zeichnete sich hier unser 206. Freiwilligenregiment aus, das mehrere Male zu Bajonettsangriffen übergegangen ist. Schwere Kämpfe sind auf den Abschnitten des Generals Celigowski im Gange, der jetzt den starken feindlichen Druck abzuhalten hat. Im Zwischenräume unserer Front keine ernsthaften Kämpfe. In der Südfront hat die Armee des Generals Budenny nach der letzten Niederlage ihre Abteilungen verhärtet und ist wieder in Tätigkeit getreten. Ihre vorderen Abteilungen kreuzen die Gegend von Radziszow und Cholozow ab. Unsere Gegenangriffe sind im Gange. Feindliche Abteilungen in der Gegend von Horobysche und Chodaszow wurden blutig abgeschlagen. Ukrainische Abteilungen, die bis an die Strypa zurückgegangen waren, haben durch Gegenangriff ihre alten Stellungen wieder genommen.

## Der türkische Friede

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Paris, 11. August.

Der Kronrat in Konstantinopel hat unter dem Vorsitz des Sultans beschlossen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der türkische Vertreter in Paris ist von diesem Beschluß benachrichtigt worden. Kemal Pascha droht im Falle der Unterzeichnung mit der Ablehnung des Sultans und der Selbständigkeitsklärung Anatoliens.

## Schreckensherrschaft im Saargebiet

Paris, 12. August.

Havas meldet aus Saarbrücken, daß in den Wäldern von Saarbrücken 60 Eisenbahner festgenommen wurden. Sie hatten die Arbeit verweigert und erklärt, nur von Deutschland gegebenen Befehlen gehorchen zu wollen. Seit Mittwoch tags das Kriegsgesicht.

Beendigung des Poststreiks in Wien. Der Streik der Telephon- und Telegraphenangestellten ist beendet worden. Die Regierung hat ihnen eine einmalige Beihilfe von 900 Krone zugesprochen und außerdem erklärt, daß der Rabinettstat am Freitag nachmittags auch die übrigen Forderungen der Streikenden in Ermägung ziehen werde. Daraus ist wurde der Streik beendet und zunächst das Haupttelegraphenamt wieder eingeschaltet und später auch die Telephonzentrale wieder in Betrieb gesetzt. Die Postangestellten haben der Regierung ebenfalls neue Forderungen überreicht.

Millionenschiebungen beim Eisenbahnbau. Millionenschiebungen zum Nachteil des Eisenbahnbau wurden beim Bahnbau in den i. West-Nienburg a. Weser entdeckt. Die Kriminalpolizei in Hannover nahm 18 Personen, Angestellte der Bahnbau-firma Held u. Franke und Eisenbahnbeamte, in Haft. Bei der Staatsanwaltschaft in Hannover waren zahlreiche Beschwerden über Mißstände beim Bahnbau eingegangen.

Große Zuckerschiebungen in Bochum. Die Behörden sind großen Zuckerschiebungen auf die Spur gekommen. Bisher sind vierzig Personen verhaftet worden.

Cashin und Frossard aus Rußland zurückgekehrt. Cashin und Frossard sind von ihrer russischen Reise nach Paris zurückgekehrt.

## Betriebsräte

### Reichskonferenzen der Metallarbeiter und Betriebsräte

Vom Metallarbeiterverband wird uns geschrieben:

Der Deutsche Metallarbeiterverband, der als Industrieorganisation aufgebaut ist, umfaßt bekanntlich alle Berufsgruppen und einzelne Industriezweige innerhalb der Metallindustrie. Die Organisationsleitung ist zurzeit dabei, für die einzelnen Berufe und Industriezweige Reichskonferenzen abzuhalten. In den letzten Wochen fanden solche Reichskonferenzen statt für die Schmiede, für die Lokomotiven- und Waggonfabriken, die Heizungs- und Rohrleger, Bandagisten usw. für die Ortopädiemechaniker, Bandagisten usw. Diese Konferenzen, besetzt durch Delegierte aus allen Teilen des Reiches, beschäftigten sich neben anderen wichtigen Fragen auch mit der Zusammenfassung der Betriebsräte. Alle Konferenzen stimmten einmütig den Richtlinien des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu, die bekanntlich eine Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften vorsehen.

Die gleiche einmütige Zustimmung erfolgte auf einer Konferenz der Walzwerker in Duisburg, die von sämtlichen Walzwerken aus Rheinland-Westfalen besetzt war. In den letzten Tagen fand in Hamburg eine Konferenz der Betriebsräte der Seeschiffen ersten Rangs statt, einberufen von Angehörigen der Betriebsrätezentrale. Doch auch diese Konferenz beschloß, den Richtlinien des Metallarbeiterverbandes zuzustimmen.

Geteilte Freude ist doppelte Freude. Und Fred, sein jüngerer Lehrling, machte mit. Und jede Minute, die sie allein verbringen durften, füllte das Thema: Unsere Ferien. — „Was wollen wir tun?“ — „Sinaus!“ — „Wohin?“ — „An die See!“ — „Zu teuer. Einer war da, der sagt, pro Tag mindestens 10 Mark... Ohne Fahrge...“ — „Wohin dann?“ — „Doch beide waren jung. Kurz ihr Entschluß. Auf Schusters Rappen durch die Welt. — Fred, Franzel sagte längst, eine Tante von ihr sei in der Sächsischen Schweiz gewesen und da soll es so herrlich sein!... Wollen wir?“ — „Sächsische Schweiz?“ — „Das ist doch irgendwo bei Dresden. Und bis Dresden kostet es noch nicht zwanzig Mark Fahrge... Mit 100 Mark... Das könnte gehen... Aber... Geld?“ — „Im... Geld...“ — „Können wir nicht sparen? Von 25 Mark Kostge 5 Mark die Woche könnte doch gehen. Nicht?“ — „Sparen wir!“ — „Mutter kann es ja so schwer entbehren. Aber ich habe doch nur ein mal Urlaub. Da mag es wohl gehen...“

Und Fred und Herbert sparten und freuten sich. Berge wintren und Freiheit lachte ihnen vertraulich zu. Und auch sie lachten sehr. Eben hatten sie ihr Geld gezählt. Beide 150 Mark. O, die Freude; es war doch von 25 Mark wöchentliches Kostge.

Und die Freude wuchs. Herberts Onkel spendete 20 Mark. Das waren 170 Mark. 10 oder 20 kamen noch dazu. Da konnte Fred jubeln: „Herbert, es geht!“ — Und die Berge waren so ganz nah, die untergehende Sonne färbte sie blutrot und sie beide standen oben auf und schwenkten ihre Hüte der Freiheit entgegen... .

Und Herbert flog dem Vater um den Hals: „Lieber, lieber Vater, wie glücklich bin ich! Noch 9 Tage, 216 Stunden, dann darf ich fahren!“ — „Ach ja, Junge, du kannst glücklich sein... Aber sei still, ich will ins Bett; mir ist nicht wohl. Dann wird es wohl bald vorübergehen. — Jetzt nicht krank sein, wo Mutter es so lange war. Das Geld?“

Doch Vater durfte nicht mehr das Bett verlassen. Der Arzt machte ein bedenkliches Gesicht: „Ja, ja, der Eisenstaub ist einer franten Lunge nicht zuträglich.“ — Und Herbert sah die Berge so weit, weit in der Ferne.

„Was wird nun werden?“ — „Weiß ich?“ — 3 Tage vor seinem Urlaub brachten sie Vater nach dem Krankenhaus. — Herbert sah die Berge kaum noch. Und doch winkte die Freiheit... .

Am Urlaubsabend waren die Berge nicht mehr zu schauen. Die Freiheit winkte nicht mehr, sie weinte. — Mutter hatte kein Geld. Da legte Herbert ihr 75 Mark in den Schoß. Mutter, während der Ferien geh ich als Bote. Verdien. Meine 25 Mark kommen dazu. Vaters Krankengeh dann auch noch. Es muß schon gehen.“ — Ermüdet lachte er die Mutter an... .

Dann ging er in die Stube und weinte... . We, abe, du lieber Ferientraum! —

# Gewerkschaftliches

## Generalversammlung der Bekleidungsarbeiter

In der Mittwoch abgehaltenen allgemeinen Mitglieder-Versammlung wurde der von Gen. Kottsch erhaltene Kassendruck für das 2. Quartal zur Kenntnis genommen.

Gen. Kottsch führte dann in seinem Vortrag über die Wirtschaftskrise und die Aufgabe des Proletariats ungefähr aus: Die derzeitige Krise, verursacht durch Unterkonsumtion, ist grundverschieden von den Krisen wegen Überproduktion der früheren Zeit. Die kapitalistische Ordnung produziert für den Warenmarkt und nur des Profits wegen. Bei dem Überangebot, das die fehlende Kaufkraft verursacht, schwindet der Profit und somit der Anreiz zur Produktion. So lange die Löhne unter dem Existenzminimum bleiben, wird der Konsum an Erzeugnissen eingeschränkt. Wenn wir nur imstande sind, zwei Drittel des Bedarfs zu kaufen, wird auch die Produktion um ein Drittel vermindert. Das bringt jedoch ein weiteres Sinken der Kaufkraft mit sich. Während früher Krisen, durch Erleichterung neuer Absatzgebiete, durch allmählichen Verbrauch der Überproduktion, überwunden wurden, findet die kapitalistische Wirtschaft aus dem gegenwärtigen Zustand keinen Ausweg. Der Weltmarkt, um den der Weltkrieg geführt wurde, ist den Siegern zugefallen, die jedoch wohl die Konkurrenz beseitigt, aber zugleich auch Kunden raubt haben. Der Weltmarkt ist eingeschränkt. Die Krise ist international. Da der Kapitalismus erklärt, ausreichende Löhne nicht zahlen zu können, muß die Frage aufgeworfen, ob man überhaupt mit dem Kapitalismus die Wirtschaft wieder aufbauen kann. Innerhalb der kapitalistischen Ordnung kann die Lage des Arbeiters nicht mehr verbessert werden, darum müssen die Gewerkschaften sich zum Kampf aufzumachen für den planmäßigen Aufbau der Produktion. Es gilt zu verhindern, daß die Wirtschaft nach weiter abgebrochen, die Arbeiterklasse in noch größeren Elend gestürzt wird. Nur durch die Kontrolle der Produktion, nicht im einzelnen Betrieb, sondern im ganzen Wirtschaftsleben, wird es möglich sein, die Wirtschaft zu retten. Kontrolle der Produktion bedeutet Überwachung der Ein- und Ausfuhr, Einstellung der Produktion für den Bedarf. Sie bedeutet Aufnahme des Kampfes, da das Unternehmertum sich mit allen Mitteln gegen eine wirkliche Kontrolle auflehnen wird. Sie führt jedoch auch die Zusammenfassung des Proletariats herbei, da selbst der Indifferente begreift, daß nur auf diesem Wege seine wirtschaftliche Existenz gerettet werden kann.

# Groß-Berlin

## Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die für Freitag abend 8 Uhr angeordnete Zentralvorstandssitzung findet nicht im Verbandsbüro, Schillerstraße 5/6, sondern in den Prachtbauten „Alt-Berlin“, Blumenstraße 10, statt. Wir bitten dies zu beachten. Die Geschäftsleitung.

## Die Aufhebung der Fleischkarte

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat nunmehr beschlossen, die Fleischkarte aufzuheben und die Kundenliste bestehen zu lassen. Einstimmig beschlossen, obwohl eine diesbezügliche Warnung durch die Presse gegangen ist. Wie denkt sich der Volkswirtschaftliche Ausschuss die Kontrolle bezüglich der Kundenliste? Bei den gegenwärtigen Fleischpreisen ist es der ärmeren Bevölkerung in vielen Fällen nicht möglich, die auf sie entfallende Ration in Fleisch beim Schlächter abzuholen. Wo bleibt das nicht abgeholte Fleisch? Wer will feststellen, ob dieses Fleisch nicht zu Scheidhändelpreisen an die wohlhabendere Bevölkerung weitergegeben wird? Daß dieses geschehen wird, steht außer allem Zweifel, denn der Preis des Fleisches für 9-10 M. pro Pfund ist für die ärmere Bevölkerung unerschwinglich. All dieses Fleisch muß also einen anderen Weg in das Publikum finden, zumal der Schlächter daselbe zu höheren Preisen an Hotels, Gastwirte und wohlhabendere Kreise reichend los wird.

Wie denkt man sich die Verpflegung derjenigen Personen, die sich auf der Reise befinden, welche heute durch die Reichsfleischkarte überall ihr zusteheendes Quantum in Empfang nehmen konnten. Wenn gegenwärtig in weiten Kreisen der dringende Wunsch besteht, von dieser zwangsläufigen Bindung bei Einkauf von Lebensmitteln loszukommen, so bedeutet eigentlich der Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses ein Gegengas zu diesen allgemeinen Bestrebungen.

Statt durch Beibehaltung der Fleischkarte und Aufhebung der Kundenlisten die Freizügigkeit im Einkauf herzustellen, werden die Konsumenten durch den Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wieder verpflichtet, dort ihre paar Gramm Fleisch zu beziehen, wo sie in der Kundenliste ein-

getragen sind und wo sie davon abhängig sind, wenn der Schlächtermeister seinen Laden ein- bis zweimal in der Woche einige Stunden öffnet, um das Fleisch abzugeben. Dabei haben sie noch die Freude, stundenlang vor dem Schlächterladen anzustehen, was mit diesem System bisher unwiderstehlich verknüpft war.

Es kommt auch noch in Frage, daß durch die zwangsweise Zuteilung einer bestimmten Anzahl Kunden bei einem Schlächtermeister der unrentable kleine Betrieb künftighin durch Gewährung einer hohen Verdienstspanne existenzfähig erhalten wird. Von Gründen der Wirtschaftlichkeit hat sich der Volkswirtschaftliche Ausschuss nicht allzusehr brüden lassen, sonst hätte sein Beschluß in dieser Form nicht ausfallen können.

## Mehr Rücksicht!

Die Kriegsbeschädigten haben in den meisten Zügen des öffentlichen Verkehrs besondere Abteile eingeräumt erhalten. Lange Zeit hat es gedauert, bis die Eisenbahnverwaltung diese, von allen Kriegsbeschädigten freudig begrüßte Maßnahme auch auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortstraßen zur Durchführung brachte. Nun aber sind auf den meisten Straßen, besonders auf denen aber, die viel von Kriegsbeschädigten benutzt werden, in jedem Zuge ein bis drei Abteile eines bestimmten Wagens für die Kriegsbeschädigten bestimmt, deren Beschädigung so schwer ist, daß sie die Fahrt von und zur Arbeitsstelle nicht stehend zurücklegen können. Wer aber glaubt, daß diese Abteile das Elend wirklich beseitigt haben, der ist stark im Irrtum. Gewunde, namentlich aber Frauen und Mädchen benutzen die Abteile und kommt nun wirklich ein Kriegsbeschädigter, der zur Fahrt im Abteil berechtigt ist und auch den Ausweis vorzeigen kann, so wird ihm doch nicht der ihm zustehende Sitzplatz eingeräumt. Auch das Aufsichtspersonal ist hierbei machtlos und schreitet meist nicht ein. Wäre es nicht möglich diese drei Abteile in die zweite Wagenklasse zu verlegen, die schwächer besetzt ist als die dritte?

Auch die Verwaltungen der Straßenbahnen könnten Anordnungen im Interesse der Kriegsooper treffen. In den meisten Städten Deutschlands, besonders angenehm berührt das in den Städten Süddeutschlands, sind die vorderen Sitzplätze, oder wenigstens ein Sitzplatz, für die Kriegsbeschädigten reserviert. Durch einen kleinen Platzaustausch an diesen Plätzen wird das fahrende Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß die Plätze nur belegt werden können, wenn keine Kriegsbeschädigten da sind. Steigen solche ein, dann ist der Platz frei zu machen.

Wir hoffen, daß die Direktionen unserer Straßenbahnen den Vorbildern anderer Städte folgen, damit nicht mehr ältere Leute den Kriegsbeschädigten ihren Platz einzuräumen brauchen, während höhere Schüler und Töchter und Studenten, die sich, was Zuverlässigkeit in der Straßenbahn anbelangt, am ungünstigsten betragen, sitzen bleiben wie angewachsen.

Ein häßliches Verursachen, St. Berlin N. 24, Oranienburger Straße 54, ist, wie bekannt, seit einiger Zeit eingerichtet worden und steht im Aufbau begriffen. Zum Leiter desselben ist nunmehr Herr Dr. Liebenberg, der frühere Vorsteher der Auskunftsstelle für Berufsberatung vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, berufen worden.

Die häßliche Kohlenbedürftigkeit an der Schillingstraße ist kürzlich dem Publikum wieder zugänglich gemacht worden, nachdem es dem Magistrat gelungen ist, einen kleinen Kohlenvorrat für diesen Zweck zu erlangen. Der Betrieb wird solange als irgend möglich fortgesetzt werden. Rationierungen sind bis auf weiteres von 12 Uhr mittags bis 6 1/2 Uhr abends festgesetzt. Im Interesse der Allgemeinheit liegt es, daß der einzelne die Badezeit nicht über die Gebühr ausdehnt, damit von der Badeeinrichtung möglichst viele Einwohner Gebrauch machen können. Des ferneren muß damit gerechnet werden, daß unter den heutigen Verhältnissen nicht die Ansprüche an die verarbeiteten Bäder gestellt werden können, als in normalen Zeiten. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß in anbetracht der schlechten Beschaffenheit der zur Verfügung stehenden Kohle Bäder im allgemeinen mit geringeren Wärmegraden wie früher verabreicht werden.

Wiedereröffnung der Lichtenberger Jugendbühne. Nach kurzer Sommerpause wird die häßliche Jugendbühne in Lichtenberg am Büchsenplatz (Haltestraße) am Sonntag, den 15. August, wieder eröffnet werden. In der Nachmittagsvorstellung für die Jugend wird das Kawesche Puppentheater „Hänsel und Gretel“ und ein lustiges Rapsodienstück zur Aufführung bringen, in den Abendvorstellungen für Erwachsene werden die Filme „Schneider Bibbel“ und „Witzwarr“ gespielt werden. Eintrittspreise: nachmittags für Kinder 50 Pfg., für Erwachsene 75 Pfg., abends 1 Mark. Programmwechsel wöchentlich Freitags.

Die schwedische Hilfsaktion „Rädda Barnen“ konnte am Dienstag, dank einer schwedischen Spende, durch die Abteilung „Mutter und Kind“ des Zentralkomitees vom Roten Kreuz, Charlottenburg, Cecilienhaus, 28 Kinder zum sechs-wöchentlichen Erholungs-aufenthalt an die Ostsee schicken.

Die Versorgungsämter. Das bisherige Versorgungsamt der Provinz Brandenburg führt von jetzt ab die Bezeichnung „Haus- und Versorgungsamt der Provinz Brandenburg“ und befindet sich in Berlin, Lüchowstraße 61. Die bisherigen Versorgungsstellen (frühere Bezirkskommandos) führen fortan die Bezeichnung „Ver-

orgungsämter“. Zum Bereiche des Hauptversorgungsamts der Provinz Brandenburg gehören die Versorgungsämter: Guben, Cottbus, Rastow, Roldenberg, Landsberg a. W., Frankfurt a. O., Calau, Cottbus, Potsdam, Jüterbog, Verleberg, Brandenburg, Prenzlau, Neuruppin, Spandau, Schwerin a. W. Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene, die im Gebiet der Provinz Brandenburg, auschl. Berlin, ihren Wohnsitz haben, wollen etwaige Versorgungsanträge an das ihrem Wohnort zunächst gelegene Versorgungsamt (frühere Versorgungsstelle) richten.

Der Reichsverband der Verbeirten und Angehörigen, der die Interessen der Opfer unserer rüstungslosen Leutnants in Schutz nimmt, veranstaltet am Freitag, den 13. August, abends 7 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, eine öffentliche Versammlung, wo Reichstagsabgeordneter Genosse F. Reich-Hamburg über „Die Verbeirten und die Klassenjustiz“ sprechen wird.

Die Zuzugsmittelkarten für kriegende Mütter in Charlottenburg werden jetzt unmittelbar von den Säuglingsfürsorgestellen ausgehändigt, die die Stillbeseitigung ausgeben. Im August werden Zuzugskarten für je 1 Pf. Gebärd (Zwieback oder Reis) und Grieß verabsolgt. Die Maßnahme hat den Zweck, die Abfertigung des Publikums zu beschleunigen und gleichzeitig an Porto und Schreibarbeit zu sparen.

Die Produktions- und Vertriebsgenossenschaft Berliner Bandagisten ersucht uns um die Mitteilung, daß der Bandagist Bruno Fleischer, der früher Geschäftsführer der Genossenschaft war, jetzt diese zu schädigen sucht, indem er in den Räumen, die sich an den Verkaufsräumen der Genossenschaft im Hause Köpenicker Straße 98b anschließen, ein Konkurrenzunternehmen gegründet hat.

Unmöglich — aber wahr! Nach Dr. Kuczynski beträgt das Existenzminimum für einen Mann im Monat Juli pro Woche 150 Mark. Der Mindestverdienst für einen alleinlebenden Mann beträgt pro Tag 26 M. Man hält es der jetzigen Wirtschaftslage entsprechend für unglücklich, daß die Konfitürenfabrik Seifert & Haack, Liegnitzstraße 20, einen Bäcker mit einem Wochenlohn von je und schreibt 42 Mark bei 8-9 stündiger Arbeitszeit absperrt. Von diesem horrenden Verdienst werden dem Manne noch pro Woche 4 M. an Steuern abgezogen, jedoch er 38 M. ausgezahlt erhält. Ob die Herren Fabrikanten sich ebenso einschränken? Es ist doch allbekannt, daß an Konfitüren, Schokolade usw. außerordentlich gut verdient wird, aber für die Arbeiter ist kein Geld da. Der Bäcker verhungert bei einem Wochenlohn, der direkt gegen die guten Sitten verstößt. Die Herren werden nur an Rauchen an einem Tage mehr ausgeben, als der Arbeiter in der ganzen Woche verdient.

Zwei Leuchtgasvergiftungen. In der Schweriner Straße 16 wurde die 26 Jahre alte Ehefrau Anna Strypski in ihrer im Erdgeschoss des Quergebäudes gelegenen Wohnung von Nachbarn tot aufgefunden. — In der Korridor Straße 23 vergiftete sich die 23 Jahre alte, ebenfalls von ihrem Manne getrennt lebende Frau Martha Krenke mit Leuchtgas.

Voranschlägliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Zeitweise heiter, aber noch ziemlich kühl und veränderlich, bei mäßigen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

## Aus den Organisationen

- 1. D. D. D. Freitag, 7 Uhr, Verbermittlung der Exaltations- und Zeitungs-Kommision bei Neumann, Samariter- und Schillerstraße.
- 2. D. D. D. Die gesamte Exaltations-Kommision Sitzung bei Kisth, Friedberger Straße 1, am Freitag, 7 1/2 Uhr.
- 3. D. D. D. Sonntag, 6 1/2 Uhr, Sitzung bei Kisth, Oberstr. 3, Neustadt.
- 4. D. D. D. Freitag, 7 Uhr, Sitzung der Landtags-Kommision bei Kisth, Berliner Str. 11b.

## Bereinskalendar

- Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag: Fachgruppe 2a (Kaufmännische), 7 1/2 Uhr, abends 8 Uhr in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Köpenick 13. — Fachgruppe 14a (Kaufmännische) und 14b (Kaufmännische), 7 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus am Potsdamer Markt, Rosenfelder Straße 20. — Fachgruppe 15a (Kaufmännische) und 15b (Kaufmännische), 7 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus am Potsdamer Markt, Rosenfelder Straße 20. — Historienabteilung, abends 8 1/2 Uhr bei Kisth, Schillerstr. 20.
- Internationaler Bund der Arbeiter. Ortsgruppe Eiden, Sonntag, Ausflug nach Rixdorf, 8 Uhr, Treffpunkt 8 1/2 Uhr am Bahnhof Rixdorf, 10. — Ortsgruppe Wilmersdorf, Freitag, 7 1/2 Uhr, bei Kisth, Schillerstr. 20.
- Sozialistische Arbeiterpartei. Ortsgruppe Eiden, Freitag, abend 8 Uhr, Funktionärs-Sitzung beim Genossen Goldstein, Rosenthalstr. 20.
- Krankenkassenvereine Groß-Berlin (Opposition). Freitag, 7 Uhr, Versammlung im Klubhaus, Köpenick.
- Arbeiter-Sportklub. Ortsgruppe Eiden, Freitag, 8 Uhr, Vertretersitzung bei Schüller, Siemensstraße.

## Lebensmittelkalender

Sonnen- und Sonnabend, den 14. August, gelangen im Lebensmittelamt Mittel-Preise von 9-12 Uhr vormittags zu 500 Pfaffen Tägliche Sohle zum Verkauf. Der Preis pro Pfund beträgt 5 P.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Rudolph Kaminer, Köpenick. Verlags-Gesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei e. G. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 64.

**Zähne 4 u. 7 Mlk. mit Friedenskautschuk**  
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mlk. an.  
Spez.: Zähne ohne Gäumen. Keine Luxuspreise.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Str. 1.**

# Kleine Anzeigen

4. D. D. D. 13. Abteilung, 183. Bezirk.

Am 9. August 18 ab unser Genosse, der Wähler **Edward Trampenan** nachhaltig Schicksal, 24 verstorben.

Einer seinem Nachbarn die Einlieferung findet am 13. August, um 4 Uhr nachm., im Krematorium Wilmersdorf, Friedhofstraße, statt. Begräbnisfeier erwartet die Bezirksleitung.

---

**Kupfer 11.75**  
Kupfer 11.—, Messing 5.75  
Zink 3.25, Aluminium 8.—  
Zinn 2.80, Nickel 3.50,  
Dachblech, Nickel, Zinn,  
**Schönhauser Allee 143**

---

**Zinn** (Zinn) kg 20.—  
Kupfer, Messing, Zinnblech,  
Kauf zum besten Tagespreis  
Metallwerkzeuge,  
Preisnachtrag 17. (Mittelstraße)

---

**Unentbehrlich**  
für jeden Mieter ist  
**Der Mieterklub**  
Beste, preiswürdigste  
Schaffung des Mieters  
Schutz und der Schutz  
in Mietervereinigungen !!

Preis 4 Mark  
Buchhandlung  
**„Freiheit“**  
Breite Straße 8-9

**Verkäufe**

**Möbel**

**Werkzeuge u. Maschinen**

**Proletarier! Heraus**  
mit den bürgerlichen Zeitschriften aus Euren Häusern. Verlangt in allen öffentlichen Lokalen und von jedem Zeitungsverkäufer die  
**„Freie Welt“**  
Illustrierte Wochenschrift

**Fahrräder**

**Kaufgesuche**

**Verloren**

**Zinkabfälle 3-4 M.**  
Produktionshandlung  
Dresdener Straße 13-14

**Händler**  
siehe für  
Schiffslampen 1.50 M.  
Cognacflaschen 0.75 M.  
Weißengroßbldg, Wilmersdorf 11.

**Alfmetalle**  
Zinnblech, Zinnblech  
Wasser, Gold, Silber  
welt über Tagespreis  
mit 3 Konten-Bücheln  
**Brunnenstr. 11**  
**Busselstr. 29**  
**Fennstr. 43**

**Briefwechsel**  
mit dem  
Schiller und Goethe  
Jeder Band 32 Seiten  
hart und gut gebunden  
**Nur 3,— Mlk**  
Porto extra  
Buchhandlung  
**„Freiheit“**  
Breite Straße 8-9